

Zug um Zug

Zurück auf Feld eins

Es gibt in Zug tatsächlich Personen, welche die Neuigkeit für einen verfrühten Aprilscherz hielten. Als der Kanton im Februar bekannt gab, dass er südlich des Regierungsgebäudes einen neuen Ratssaal bauen will, war die Verwunderung gross. Inzwischen ist mehr über das Projekt bekannt – und der Widerstand wird immer grösser. Über 150 Menschen unterstützen mittlerweile die IG «Erhalt Landsgemeindeplatz», die den geplanten Landtausch zwischen der Stadt und dem Kanton Zug verhindern will. Kritisch äussern sich auch der Heimatschutz und das Bauforum. Die städtische Geschäftsprüfungskommission sowie die Bau- und Planungskommission lehnen den Landtausch ebenfalls ab. Das Geschäft wird am 29. April im Grossen Gemeinderat beraten.

Es ist gut möglich, dass das Stadtparlament dem Vorhaben eine Abfuhr erteilt. Richtig wäre es. Denn wie die IG zu Recht festhält, greift der Neubau massiv in das historische Stadtbild ein. Der Landsgemeindeplatz ist für die Bevölkerung wie auch für Besucherinnen und Touristen ein Treffpunkt, ein Ort zum Verweilen, ein wertvoller Freiraum am See. Diesen gilt es zu erhalten.

Die Standortwahl erstaunt. Vor allem die Aussage des Kantons, dass ein Neubau auf dieser Fläche auch aus denkmalpflegerischer Sicht sowie aus Sicht des Ortsbildschutzes am besten abgeschnitten habe, ist irritierend. Klar, die von der Gegnerschaft erstellte Visualisierung zeigt kein ausgearbeitetes Bauprojekt. Die Dimensionen aber stimmen. Es wäre ein ziemlicher Klotz, der anstelle des Papageienhauses entstehen würde. Auch ist fraglich, ob es wirklich einen neuen Saal für die Sitzungen des Kantons- und Stadtparlamentes braucht. Im Sommer wird es offenbar sehr schnell heiss im Raum. Zudem gibt es wenig Platz für Besuchende. Das stimmt. Aber es gibt andere Lösungen, um diesen Problemen zu begegnen. Etwa eine Videoübertragung in einen anderen Raum. Schliesslich kann man die Ratssitzungen per Livestream verfolgen.

Nicht zuletzt hätten die Verantwortlichen die Bevölkerung, besonders die unmittelbare Nachbarschaft, vorab einbeziehen können. Das ist leider nicht geschehen. Alles in allem macht die Regierung bei diesem Projekt keine gute Figur. Es gehört neu aufgelegt, und zwar von Anfang an.



Rahel Hug

rahel.hug@chmedia.ch